

Warum viele Schweizer Unternehmer kein Rahmenabkommen mit der EU wollen

Interview mit Giorgio Behr*, Unternehmer und Wirtschaftswissenschaftler



Giorgio Behr
(Bild zvzg)

Zeit-Fragen: Anders als die Spitzen von economiesuisse und anderen Verbänden, sagen Sie als Unternehmer, die Schweizer Wirtschaft brauche die neuen EU-Verträge nicht. Warum kommen unsere Unternehmen auch in schwierigen Zeiten besser über die Runden als in den meisten EU-Staaten?

Giorgio Behr: Wir haben in der Schweiz eine Vielzahl von anderen Voraussetzungen. Wir beginnen bei der guten beruflichen Ausbildung. Gerade im Kanton Schaffhausen, wo ich eines meiner Unternehmen habe, geht ein kleiner Teil der jungen Leute an die Kantonsschule, ein grosser Teil macht eine Berufslehre, sehr viele dann die Berufsmaturität. Alle diese Leute haben ideale Voraussetzungen für die moderne Wirtschaft, weil sie sehr jung lernen, wie es in einem Unternehmen geht. Sie haben schon jung Erfahrung und deshalb eine rasch ansteigende Lernkurve. Und sie sind, weil sie noch jung sind, auch noch weniger anspruchsvoll, wenn es darum geht, Status oder Geld in den Vordergrund zu stellen.

Wir haben zweitens ein flexibles Arbeitsrecht. Es schützt die Arbeitnehmenden durchaus, aber es hemmt nicht die Einstellung von jungen Leuten, weil es den Unternehmen auch die Möglichkeit gibt, Leuten wegen mangelnder Leistung oder in Krisenfällen, wenn man die Kurzarbeit nicht mehr nutzen kann, den Vertrag zu kündigen. Deshalb sind Unternehmen auch bereit, immer wieder Leute einzustellen.

Zudem hatten wir, das ändert sich jetzt drastisch, in vielen Kantonen vernünftige Leute in den Behörden, wenn es um Steuerfragen geht, und ein relativ einfaches Regulierungsumfeld. Das ist aber gerade in grossen Kantonen wie Zürich oder Bern immer schlechter geworden. Wir müssen also aufpassen, dass wir da nicht Vorteile verlieren.

Natürlich ist es wichtig, dass in der Schweiz die Spitzenforschung an den Hochschulen und in einigen Branchen, in denen wir wirklich gut sind, in der Realität auch ankommt. Wir haben entsprechend Vorteile im internationalen Vergleich. Was etwas vergessen gegangen ist, sind die Vorteile, die wir auf Grund der Mehrsprachigkeit hatten. Weil die Schweiz kaum Bodenschätze hat – wir haben als «Bodenschatz» nur das Wasser, das man umnutzen kann in elektrische Energie –, musste sie immer hart kämpfen, um wirtschaftlich in verschiedenen Branchen stark zu sein. Das sind einige Punkte, weshalb die Schweiz bisher erfolgreicher war.

Vielleicht noch eine Frage zur Regulierung. Sie würde ja zunehmen, wenn wir diese Verträge mit der EU abschliessen. Aber economiesuisse, die für das Abkommen ist, fordert gleichzeitig in der Schweiz weniger Bürokratie. Wie geht das zusammen?

Ja, ich glaube, da stecken sehr viele Widersprüche drin. Denn wie viele Regulierungen wir auch immer von der EU übernehmen müssten beziehungsweise direkt anwendbar wären – *economiesuisse* scheint zu ignorieren, dass ihre Klagen gegen die Regulierung im Inland unglaublich sind. Denn mit ihrem Drang zu diesen neuen Verträgen bewirkt *economiesuisse* genau das Gegenteil. Das ist einer von vielen Widersprüchen in der Haltung der Verbände.

Weshalb sind Sie, anders als die grossen Wirtschaftsverbände, gegen die EU-Verträge?

Es gibt keine statistische Auswertung zur nachfolgenden Aussage, aber es ist offensichtlich, dass nur wenige Unternehmerinnen und Unternehmer sich wirklich aktiv für die Verträge einsetzen. Ich glaube, es ist deshalb, weil wir eine langfristige Perspektive haben. Wir denken halt schon bis ins nächste und übernächste Tal hinein, in die nächste Generation. Wir haben gesehen und gespürt, wie die EU sich seit 1992 verändert hat. Konnte man damals vielleicht noch für die EWR-Verträge sein, weil die EU noch nicht so stark durchreguliert und zentralisiert war, so haben wir in den letzten 24 Jahren gesehen: Die EU hat sich zu einem zentralistischen Regulierungsmonster entwickelt. Ich nehme ein Beispiel aus meiner Branche. Wir entwickeln Plattformen für unsere nächste Produktgeneration und erfüllen damit auch die vielen neuen Vorschriften der EU. Die sind nicht nur zu Zielsetzungen und Sicherheitsbestimmungen ausufernd, sondern erklären uns noch, wie wir es überhaupt machen sollen. Wogegen es in Japan, China, Singapur und all diesen erfolgreichen Ländern in Asien, auch in Australien, all diese hinderlichen Zusätze in den Regularien nicht gibt. Dort geht es nur um Sicherheit und Zielsetzungen.

Wir können mit unserer Plattform beides erfüllen, müssen aber feststellen, dass die Produktion für Europa viel teurer wird, weil die Regelungen viel komplexer sind, ohne zusätzlichen Nutzen für die Kunden. An diesem Beispiel erkläre ich, weshalb Unternehmerinnen und Unternehmer spüren, dass die neuen Verträge mit der EU ein falscher Weg sind. Wir sollten uns nicht einseitig orientieren und binden – vielmehr sollten wir unsere Produkte für die ganze Welt entwickeln.

Die Verbände dagegen machen primär juristische Überlegungen. Die träumen von Rechtssicherheit durch mehr Gremien, durch mehr rechtliche Möglichkeiten, durch Schiedsgerichte, durch die Möglichkeit, an den EU-Gerichtshof zu gelangen. Das ist ihre Welt. Und das ist für mich die Erklärung, weshalb sie für noch mehr Regulierungen sind, obwohl sie das Gegenteil behaupten, während wir Unternehmer für eine mehr offene Welt sind, gegen immer mehr Rechtsverfahren. Denn wo ein neuer Rechtsweg geöffnet wird, gibt es einfach mehr Verfahren – wir kennen das aus dem Bereich der Verbandsbeschwerden.

Wir sind uns alle einig, dass wir Fachkräfte aus dem Ausland brauchen. Aber mit einem Nein der Schweiz zu den Verträgen könnten unsere Unternehmen ja weiter Grenzgänger und andere Arbeitskräfte aus der EU einstellen. Wo ist das Problem?

Sie sprechen genau die entscheidende Differenzierung an. Die euphorischen Be-

fürworter der neuen Verträge unterstellen den Kritikern, sie seien für eine Kündigung der Personenfreizügigkeit. Ich behaupte, dass die Schweiz keinen Anlass hat, wenn wir nein sagen, die aktuell gültigen Verträge zu kündigen. Wir können darauf warten, was die EU macht. Ich glaube aber, dass sie sich hüten wird, die heutigen Verträge zu kündigen, weil sie damit bestens fährt.

Mit dem neuen Vertrag über die Personenfreizügigkeit müssten wir im Vergleich zu heute sehr viel mehr Leuten, die nicht bei uns arbeiten werden, den Nachzug in die Schweiz erlauben. Man kann dann den Nachzug beantragen für Eltern, für Grosseltern, auch für Geschwister. Wenn man die Praxis des EU-Gerichtshofes kennt, zeigt sich, dass er diese «Möglichkeit eines Antrages» sehr rasch umdeuten könnte in einen Anspruch. Man muss nicht Hellseher sein, um zu sehen, dass sich schnell ein Anspruchsrecht herausbilden wird, wenn die ersten Personen klagen und der Gerichtshof klären muss, ob sie nachkommen dürfen, auch wenn sie nicht arbeiten. Das ist ein erster, ganz gefährlicher Teil der neuen Verträge.

Zudem haben wir nichts ausgeschlossen betreffend künftige Entwicklungen der Unionsbürgerrichtlinie, wir müssten Neuerungen folglich übernehmen. Es ist schon gemäss heutigem Vertrag so, dass die Leute, die in die Schweiz ziehen, nach EuGH-Praxis bereits mit einer minimalen Teilzeit pro Woche als voll Arbeits-tätige gelten und damit alle Privilegien haben. Wenn sie arbeitslos werden, zählt die Zeit in der Arbeitslosenversicherung als Arbeitszeit. Sollten sie in die Sozialhilfe fallen und kurz vor Ablauf der Sechsmonatsfrist wieder eine Stelle finden, dann zählen auch diese Monate. Insgesamt sind das rasch zwei Jahre ohne Arbeit, die gleichwohl mitzählen, wenn es um den Anspruch auf die definitive Aufenthaltsbewilligung geht.¹ Das ist kaum der Sinn unseres offenen Arbeitsmarktes. Deshalb werden wir, wenn wir unterschreiben, sehr viel mehr Kosten, sehr viele Nachteile haben.

Sollte die EU die Kühnheit haben, die Personenfreizügigkeit zu kündigen, so kann die Schweiz eigenständig definieren: Wir lassen weiterhin Grenzgänger zu, denn die EU wird sich hüten, eine Mauer um die Schweiz zu bauen. Und wir dürfen auch weiterhin Aufenthaltsbewilligungen für Fachkräfte aus der EU erteilen. Aber wir können dann natürlich Bedingungen stellen für den Familiennachzug. Zudem kann man sich auch vorstellen, dass wir sagen: Ja, wir haben Personenfreizügigkeit, aber weltweit, und nur unter unseren Bedingungen. Dann kommen jene Leute, die wir brauchen.

Heute zeigen die Zahlen zum Beispiel im Gesundheitswesen: Etwa 1500 Ärzte und Ärztinnen kommen jedes Jahr neu aus der EU, etwa 2000 im Pflegebereich, dazu noch etliche Grenzgänger. Diese wenigen tausend Personen sind nur ein Bruchteil der rund 80 000 bis 100 000, die jährlich in die Schweiz kommen. Dies ist der Beweis, dass wir unser Einwanderungssystem gezielter auf den konkreten Bedarf ausrichten sollten.

Zudem führt der Ausbau der Administration wegen der anhaltend hohen Zuwanderung dazu, dass immer mehr Schweizerinnen und Schweizer Stellen in der Verwaltung wählen und deshalb noch mehr Fachkräfte von aussen gesucht werden, obwohl wir sie eigentlich selber ausbilden könnten. Wenn man das berücksichtigt, dann ist der Ausdruck «Schneeball-System» wirklich richtig. Wir erzeugen einen unnötigen zusätzlichen Nachzug von Leuten und wachsen einfach in die Breite statt qualitativ und mit Mass.

Und die übrigen Verträge? Der Bundesrat, economiesuisse und andere Befürworter sagen: Die Wirtschaft braucht diese Verträge. Dazu hat der Bundesrat beim Think tank Ecoplan eine Studie in Auftrag gegeben, die das beweisen sollte.²

Ich versuche, diese zentrale Aussage der Befürworter zuerst einmal zu zerpfücken, indem ich erläutere, weshalb die Wirtschaft die neuen Verträge nicht braucht. Personenfreizügigkeit haben wir erledigt. Landverkehr, Luftverkehr, Landwirtschaft, da ist die EU clever genug, sie nicht zu kündigen, weil sie selber stark davon profitiert. Wenn man die Studie von *Ecoplan* richtig liest, beweist diese, dass es keinen Sinn macht, diese Verträge zu unterschreiben. Zur gegenseitigen Anerkennung von Produktzulassungen steht im Gutachten sinngemäss, dass diese irrelevant geworden ist [*Ecoplan*-Studie, S. 27f.]. Sie betrifft nur einen kleinen Teil der Schweizer Exportprodukte. Für die Pharmaindustrie spielt es keine Rolle, weil man Medikamente immer in der EU zulassen muss, auch die Medizinaltechnik profitiert nicht mehr davon³, und die meisten Unternehmer haben zudem gemerkt, dass es günstiger ist, die Zulassung direkt in der EU einzuholen. Und die vielen Zulieferer bei den KMU benötigen gar keine Zulassungen.

Zur Personenfreizügigkeit rechnet *Ecoplan* im Falle der Annahme der neuen Verträge mit einem marginalen möglichen Mehrerfolg pro Person – gemäss der Analyse von Professor *Marc Schelker* sind es rund 0,9 Prozent in 20 Jahren – man halte sich fest: Heute in 20 Jahren hat der Einzelne vielleicht 0,9 Prozent mehr in der Tasche, als wenn wir die Verträge nicht unterschreiben. Wer kann das schon sagen? Aber jetzt kommt der Hammer: *Ecoplan* schreibt weiter, der Einkommenszuwachs falle vor allem zugunsten der Kapital- und Immobilienbesitzer aus [*Ecoplan*-Studie, S. 9/10]. Also, die Linke müsste ja aufschreien und sagen: Wir dürfen nicht unterschreiben.

Moderator Reto Brennwald sagte am Kompass-Kongress in Dübendorf: Das geht an die Grundfesten unseres Staatssystems. Wie sehen Sie das?

Wir haben in der Schweiz mehrere ungeschriebene und geschriebene gesellschaftliche Verträge, nämlich: Es soll allen möglichst viel besser gehen. Es sollen alle mitbestimmen können, von der Gemeinde über den Kanton bis zum Bund. Bei uns gilt gemäss Verfassung, dass die Kantone grundsätzlich zuständig sind, der Bund nur dort, wo dies ausdrücklich so festgehalten wird [BV Art. 3]. Aber diese neuen Verträge drehen alles um. In all jenen Bereichen, die wir neu regulieren, gibt es, der Tagi hat es herrlich umschrieben, einen «Bypass» [Das heisst, die verfassungsmässigen Entscheidungsträger und -ebenen werden bewusst umgangen, mw.] Es gibt keine Vernehmlassung mehr bei Kantonen, Verbänden und Parteien, das Parlament hat nichts mehr zu sagen – die Verwaltung hört, im Namen des Bundesrates, im Gemischten Ausschuss zu, aber entschieden wird beziehungsweise wurde bereits in Brüssel.⁴ Ja, es rüttelt an den Grundfesten. •

¹ Die Zeit der versicherten Arbeitslosigkeit und von max. 6 Monaten Sozialhilfe wird gemäss Art. 7e Änderungsprotokoll zum FZA auf die fünf Jahre angerechnet, die Erwerbstätige und ihre Familienangehörigen benötigen, um ein Daueraufenthaltsrecht in der Schweiz zu bekommen.

² *Volkswirtschaftliche Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I*. Ecoplan-Studie Januar 2025 im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO

³ Weil die EU als Strafe für den Verhandlungsabbruch der Schweiz 2021 die Aktualisierung der Handelserleichterungen für Medizinprodukte verweigert hatte, beschloss der Bundesrat als Plan B die einseitige Anerkennung von Medizinprodukten mit einer EU-Zertifizierung (*Ecoplan*-Studie, S. 27).

⁴ Schlapbach, Quentin. «Gefährden die Bilateralen III die direkte Demokratie? Nun warnen auch Linke vor einer Machtverschiebung». In: *Tages-Anzeiger* vom 18.6.2026

* Prof. Dr. iur. *Giorgio Behr* ist ein erfolgreicher Schweizer Unternehmer, ehemaliger Professor für Betriebswirtschaftslehre an der HSG und engagiertes Mitglied der Unternehmerorganisation *-autonomiesuisse*, die sich aktiv gegen den Rahmenvertrag Schweiz-EU einsetzt (siehe Kasten). Er lebt in Buchberg, Kanton Schaffhausen.

autonomiesuisse – für eine weltoffene, erfolgreiche und freie Schweiz

mw. Neben «Kompass Europa» haben sich auch in der Unternehmerorganisation autonomiesuisse viele Schweizer Unternehmer zusammengetan, um die institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU zu bekämpfen. Zwei markante Argumente aus Ihrer Homepage:

Machen Sie mit uns den Unterschied

«Wir wollen, dass die Schweiz als unabhängiges Land weiter existiert. Nur so können wir den Wohlstand und die Standortvorteile der Schweiz sichern. Wir möchten nicht, dass die EU unsere Gesetze macht und gleichzeitig mit dem Europäischen Gerichtshof im Streitfall den Schiedsrichter stellt. Genau das wäre bei den Rahmenverträgen der Fall, die der Bundesrat Ende 2024 durchgewinkt hat. Helfen Sie mit, die Behörden und die Politiker zu motivieren, sich für die Schweizer

Interessen einzusetzen – und die Bevölkerung für diese Ziele zu sensibilisieren.»

Weltweit erfolgreich dank Weltoffenheit

«Der Werkplatz Schweiz landet in internationalen Vergleichen auf Spitzenplätzen – dank unserer Weltoffenheit, der Wirtschaftsfreiheit und der Innovationskraft. Mit einer engen institutionellen Anbindung an die EU und einer Unterstellung unter den europäischen Gerichtshof müsste die Schweiz weitgehend EU-Recht übernehmen. Die Schweiz würde wirtschaftlich und politisch zunehmend mit der EU gleichgeschaltet. Direkte Demokratie und Föderalismus würden schleichend ausgehöhlt.» (<https://autonomiesuisse.ch>)